

08.05.2008 junge Welt - **Heute im Bundestag: Debatte über Antrag der Linksfraktion zur Entschädigung für Opfer der faschistischen Verfolgung**

Hans Daniel

Das waren die »Kollaborateure« »Biologische Lösung« statt Entschädigung im »Rechtsstaat« Bundesrepublik

Nun haben sie es ja fast geschafft«, sagte Karl Stiffel, Sprecher der in Essen ansässigen Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges, »das Problem einer Entschädigung für die in den Jahren des Faschismus und dann im ›Rechtsstaat‹ Bundesrepublik verfolgten Kommunistinnen und Kommunisten durch eine ›biologische Lösung‹ zu erledigen.« In der Tat: Mit Kurt Baumgarte ist am 20. Juli 2006 in Hannover über 90jährig einer der letzten »Kollaborateure« gestorben. Zehn Jahre Isolationshaft in faschistischen Zuchthäusern, 22 Monate Haft nach 1956 wegen Fortsetzung der Tätigkeit der verbotenen KPD, verbunden mit der Verweigerung einer Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG).

Sechs Jahre verbrachte die Düsseldorfer Ärztin Dr. Doris Maase in faschistischer Haft: Auf drei Jahre Zuchthaus folgten drei Jahre in den Konzentrationslagern Lichtenburg und Ravensbrück. Leidensgefährtinnen aus aller Welt rühmen sie in ihren Berichten als eine außergewöhnlich mutige, solidarisch Kameradin, die unter Lebensgefahr kranken Häftlingen Medikamente besorgte, deren Leben rettete. Nach 1945 wurde sie in Düsseldorf Mitglied der KPD, war gewähltes Ratsmitglied. Nach dem KPD-Verbot im August 1956 kandidierte sie bei den Landtagswahlen 1958 als unabhängige Kandidatin. Das galt amtlich als Fortsetzung der Tätigkeit der verbotenen KPD. Obwohl noch keine gerichtliche Verurteilung für diese Bildung einer »Ersatzorganisation« erfolgt war, erkannte die Landesrentenbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 15. Dezember 1960 den »Tatbestand« des Paragraphen 6 Absatz 1 des BEG als erfüllt. Die bis dahin erhaltenen Entschädigungsleistungen für die Haftjahre in Höhe von 26582 DM waren zurückzuzahlen. Eine nach dem Verfolgtengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen gezahlte monatliche Rente von 140 DM »wird ab 1. 1. 1961 zur Sicherung des zu erstattenden Betrages vorerst einbehalten«, verfügte das Amt.

Verfassungsfeind und strafwürdig über den Tod hinaus bleibt auch Heinz Renner. Der Kommunist war 1933 den faschistischen Häschern entkommen, in Frankreich aktiv am Widerstand und der Betreuung deutscher Emigranten beteiligt. Bei Kriegsbeginn wurde er interniert, 1943 an die Gestapo ausgeliefert und im April 1945 in letzter Minute von französischen Truppen aus dem Zuchthaus Ludwigsburg befreit. Nach dem Krieg: Oberbürgermeister von Essen, nordrhein-westfälischer Sozial- und Verkehrsminister und Bundestagsabgeordneter der KPD. Wie Doris Maase wollte er 1958 zu den Landtagswahlen als Unabhängiger kandidieren. Es folgten Festnahme und Untersuchungshaft. Ein Jahr vor der Fertigstellung einer Anklageschrift durch den Bundesgerichtshof, vor einem gerichtlichen Verfahren und einer Verurteilung, hatte bereits die Landesrentenbehörde ihr Urteil gesprochen. Sie verfügte die Einstellung der Zahlung der laufenden Entschädigungsrente und die Rückzahlung der bisher gewährten Leistungen in Höhe von 27383, 560 DM. Als Heinz Renner 1964 starb, schrieb der katholische Bischof Hengsbach: »Was er in rechter Gesinnung zum Wohle seiner Mitmenschen getan hat, wird bei Gott nicht vergessen sein.«